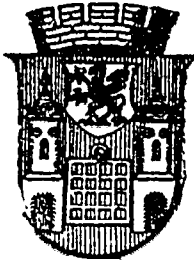


Schwedter Tageblatt

Verständigungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 142

Freitag, den 19. Juni 1925

32. Jahrgang

Chronik des Tages.

Reichspräsident v. Hindenburg hat anlässlich der rheinischen Jahrtausendfeier eine Kundgebung an das Rheinland erlassen.
In Düsseldorf fand in Gegenwart des Reichskanzlers eine Festigung des rheinischen Provinziallandtages statt.
Im Aufwertungsausschuß des Reichstages wurde die Beratung des Aufwertungsgesetzes in erster Lesung zu Ende geführt.
Der Generalagent für Reparationszahlungen hat der Reparationskommission einen Bericht über die Ausführung des Amortisationsplanes in den ersten acht Monaten seiner Tätigkeit vorgelegt.

Die französische Antwort.

Rheinpakt erst nach Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Von der Reichsregierung wird jetzt der Wortlaut der französischen Antwortnote in der Frage der Sicherheiten zusammen mit dem deutschen Memorandum veröffentlicht. In Paris und London erfolgt zugleich die Veröffentlichung des französischen Gelbbuches und des englischen Weißbuches.

In der Einleitung der französischen Antwort wird betont, daß Frankreich und seine Alliierten in dem Schritte der deutschen Regierung den Ausdruck von feierlichen Bestrebungen gesehen haben, die mit den ihren übereinstimmen. In dem Wunsche, allen beteiligten Staaten

im Rahmen des Vertrages von Versailles ergänzende Sicherheitsbürgschaften zu geben, hätten die Alliierten die deutschen Vorschläge mit aller ihnen gebührenden Aufmerksamkeit geprüft, indessen habe es sich als zweckmäßig erwiesen, vor Eintritt in die sachliche Prüfung die Ansicht der deutschen Regierung über verschiedene Fragen kennen zu lernen, da ein vorheriges Eindringen hierüber als Grundlage für jede weitere Verhandlung erforderlich erscheine.

Im ganzen wünscht die Note Aufklärung über sieben Punkte:

Erstens bemängelt die Note, daß in der deutschen Denkschrift der Völkerbund nur beiläufig erwähnt wird. Ein Sicherheitsabkommen sei aber nur möglich, wenn Deutschland selbst dem Völkerbund beitrete.

Zweitens wird betont, daß das geplante Sicherheitsabkommen weder eine Revision der Friedensverträge in sich schließen dürfe. Auch könnten die Alliierten unter keinen Umständen auf das Recht verzichten, sich jeder Nichterfüllung der Bestimmungen der Friedensverträge zu widersetzen, auch wenn diese Bestimmungen sie nicht unmittelbar angehen.

Drittens stimmt Frankreich den in der deutschen Denkschrift niedergelegten Grundsätzen für den Abschluß eines Rheinpaktes zu (Ablehnung jedes Gedankens an einen Krieg zwischen den Vertragsparteien, Achtung des gegenwärtigen Besitzstandes am Rhein, Erfüllung der Verpflichtung zur Entmilitarisierung der rheinischen Gebiete) zu, doch verlangt es, daß auch Belgien an dem Sicherheitspakt teilnimmt, ferner dürfen durch das Abkommen die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die besetzten Gebiete und das Rheinlandabkommen nicht berührt werden.

Viertens ist Frankreich der Ansicht, daß ein Schiedsvertrag der Art, wie Deutschland ihn vorschlägt, die Ergänzung des Rheinpaktes bilden würde, doch müßte ein solcher Vertrag auf alle Konflikte Anwendung finden. Ein ähnlicher Schiedsvertrag mit Belgien wäre ebenfalls notwendig. Im Falle der Nichterfüllung der Verpflichtungen soll der Völkerbund rat einschreiten.

Fünftens sind die Alliierten der Ansicht, daß ohne Schiedsgerichtsverträge zwischen Deutschland und denjenigen seiner Nachbarn, die zwar nicht Partner des geplanten Rheinpaktes sind, aber den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, der europäische Friede nicht völlig gewährleistet werden könnte.

Sechstens wird festgestellt, daß durch diese Verträge die Völkerbundszusagen nicht verletzt werden dürfen.

Siebtens wird es als wünschenswert bezeichnet, daß sämtliche Abkommen gleichzeitig in Kraft treten und unter die Obhut des Völkerbundes gestellt werden.

Zum Schluß bringt die Note zum Ausdruck, daß Frankreich eine Beteiligung Amerikas an diesem

Werte des allgemeinen Friedens und der Sicherheit nur begrüßen könnte.

Die Feier in Düsseldorf.

Der große Festakt des Provinziallandtages.

In Gegenwart des Reichskanzlers Dr. Luther, des preussischen Ministerpräsidenten Braun, des Reichsministers Dr. Brauns und Frenken, mehrerer preussischer Minister, ferner der Staatspräsidenten vom Württemberg und Hessen, der Ministerpräsidenten von Thüringen, Oldenburg und der übrigen Länder, sowie zahlreicher Oberbürgermeister, Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten fand sich am Donnerstag mittag der rheinische Provinziallandtag im prachtvoll geschmückten Kaiserpalast der Düsseldorfer Donhalle zu einem großen Festakt zusammen. Die Veranstaltung bildete die Einleitung zu der auf drei Tage berechneten offiziellen Jahrtausendfeier.

Das Eruegelobnis der Rheinlande.

Die denkwürdige Feier eröffnete die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Oberbürgermeisters Dr. Jarres, an Reichskanzler Luther und die übrigen Gäste. Der leitende Gedanke der Jahrtausendfeier sei, den Sinn für die deutsche Vergangenheit und Zukunft des Landes zu pflegen und die unlösliche deutsche Volksgemeinschaft aufs neue tatkräftig zu bestätigen. Nach einem kurzen Hinweis auf die stolze rheinische deutsche Vergangenheit erklärte Dr. Jarres weiter:

„Das deutsche Volk steht noch nicht am Abend seiner Tage. Deshalb fordern wir auch inmitten der Trübsal fremder Besatzung vor aller Welt unser Recht. In Gegenwart so vieler Behörden, Volksvertreter und Freunde muß das Rheinland der Forderung Ausdruck geben, daß ihm gegenüber gehalten werde, was zu seiner Erleichterung und Befreiung völkerrechtlich verbrieft ist. Die juristischen Bedingungen des Friedensvertrages müssen und wollen wir für das Vaterland tragen; aber wir verlangen zu den festgelegten Fristen unsere Freiheit. Was tausend Jahre gemeinsamen staatlichen Lebens aneinandergesetzt haben, kann ein hartes Schicksal nicht auseinander reißen. Die deutsche Macht am Rhein: Wir werden sie halten!“

Darauf forderte Dr. Jarres die Anwesenden zu dem Schwur auf: „Unserem Volke, unserem Vaterlande, rheinische Treue allezeit!“

Sodann nahm der deutsche

Reichskanzler Dr. Luther

das Wort und verlas zunächst die Botschaft des Reichspräsidenten, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Hierauf hielt der Reichskanzler eine Rede von hochpolitischem Charakter, in der er die Rheinlandfrage und die deutsch-französischen Sicherheitsverhandlungen ausführlich behandelte. Einleitend wies der Kanzler darauf hin, daß immer wieder in diesen tausend Jahren der Entfaltungsdwang der natürlichen Lebenskräfte der rheinischen Bevölkerung mit schwerer politischer Not zu ringen gehabt hat.

„Auch jetzt“ — so fuhr der Reichskanzler fort — „um diese Jahrtausendwende der rheinischen Geschichte, lastet auf dem Rheinland die ganze Schwere einer fremden Besatzung.“

Die Politik der Reichsregierung demgegenüber ist durch die Natur der Dinge klar vorgezeichnet. Sie zielt dahin, dem Rheinland die Freiheit und ganz Deutschland und ganz Europa den wirklichen Frieden zu vermitteln.

Für die rheinischen Gebiete, die außerhalb des Vertrages von Versailles besetzt sind, ist in der Londoner Konferenz eine klare und endgültige Regelung zustande gekommen. Da in der sogenannten Entwaffnungsnote vom 4. Juni die Erklärung der Reparationskommission mitgeteilt ist, wonach Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Londoner Pakt ordnungsgemäß erfüllt hat, so kann keinerlei Zweifel bestehen, daß wenigstens das seit 11. Januar 1923 besetzte Ruhrgebiet und die Städte Düsseldorf und Duisburg spätestens am 16. August dieses Jahres geräumt werden.

Angaben von gleicher Bestimmtheit über die nördliche Rheinlandzone lassen sich heute noch nicht machen. Der Standpunkt der Reichsregierung, daß diese Zone gemäß den Vorschriften des Vertrages von Versailles am 10. Januar 1925 hätte geräumt werden müssen, ist und bleibt unverändert. Die Note der Alliierten beweist meines Erachtens geradezu, daß

die Entwaffnung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist. Unbefangene Äußerungen bezüfender Ausländer haben dieses Urteil oft bestätigt. Selbstverständlich werden gleichwohl alle berechtigten Ausländer, die sich als solche erweisen, auf das schnellste nachgeholt werden.

Andererseits muß ausgesprochen werden, daß Forderungen, deren Beantwortung im geltenden Recht sich nicht

als gegeben erweist oder die über den genehmigten Zustand hinausgehen, nicht anerkannt werden können.

Für noch andere Forderungen behält sich die Note selbst die abschließenden Mitteilungen vor. Nach all diesen Richtungen wird die Reichsregierung, sobald die Prüfung der Note abgeschlossen ist, ohne jeden Verzug mit den alliierten Regierungen in Verbindung treten.

Wenn so die Reichsregierung alles tun wird, was in ihrer Kraft steht, um die Räumung der nördlichen Rheinlandzone herbeizuführen, so wird ihr darüber hinaus die noch größere Aufgabe bleiben, den schweren Druck, der auf dem gesamten zu Deutschland gehörenden Rheinlande lastet, soweit als irgend möglich zu lindern. Das Endziel aller dieser Bestrebungen muß die Herbeiführung einer Freiheit sein, die eine wirkliche Freiheit ist.

Die deutsche Regierung wird die von der französischen Regierung der deutschen Regierung überbrachte Note über die Frage des Sicherheitspaktes

mit dem ganzen Ernst, den ihre große Bedeutung erheischt, prüfen. Angesichts unseres bisherigen Vorgehens in der Sicherheitsfrage brauche ich nicht besonders zu betonen, daß in gleicher Weise, wie es die französische Regierung in den Schlussworten der Note von sich ausspricht, die deutsche Regierung es begrüßen würde, wenn Verhandlungen in Gang kämen, deren Ziel der Abschluß von Vereinbarungen ist, die eine wirksame Friedensgewähr darstellen.“

Der Kanzler fügte allerdings hinzu, daß ein vollendetes, die ganze Kulturwelt umfassendes Friedenssystem nicht möglich sei, solange das Problem der Abrüstung nicht allgemein und gleichmäßig für alle Staaten gelöst sei. Deutschland werde immer das seine tun, um auf dem Wege direkter Vereinbarung einen Zustand in ganz Europa herzustellen, bei dem ein Zusammengehen der europäischen Völker nach den Grundsätzen der Vernunft und der Gleichberechtigung gewährleistet sei.

Der Reichskanzler schloß mit einem Hoch auf die Rheinlande. Alsdann nahm

der preussische Ministerpräsident Braun

das Wort. Den Dank des preussischen Staates an die Rheinlande sagte der Ministerpräsident zusammen in den Ruf: Möge das rheinische Volk bald wieder ein völlig freies Volk sein!

Am Schluß der weisevollen Stunde gab der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Horion, dem Dank der Rheinlande Ausdruck für alles, was Deutschland dem Rheinland im Laufe der Jahrhunderte gewesen ist. Die gewaltige, tief eindrucksvolle Feier klang aus im Deutschlandlied, zu dessen Absingung die Besatzungsbehörde diesmal ausnahmsweise ihre Genehmigung erteilt hatte. Alsdann vereinigten sich die Spitzen der Behörden zu einem Festmahl im kleinsten Kreise. Am Abend lehrte der Reichskanzler dringender Regierungsangelegenheiten wegen nach Berlin zurück.

Die übrigen Festgäste fuhrten am Freitag im Sonderzug nach Köln, um dort an den Stadt-Kölnischen Feierlichkeiten sich zu beteiligen. Am Sonntag begibt sich die Festgesellschaft nach Koblenz, wo die Jahrtausendfeier mit einem Festakt auf den rheinischen Höhen des „Ritterturmes“ stattfindet, und von wo eine Schiffahrt an den teilweise illuminierten Rheinufern vorbei nach Köln zurückgeht.

Die Botschaft Hindenburgs.

Der Reichspräsident an das rheinische Volk.

Aus Anlaß der Tausendjahrfeier der Rheinlande hat Reichspräsident v. Hindenburg eine Kundgebung an die rheinische Bevölkerung gerichtet, in der es u. a. heißt:

„Den Brüdern und Schwestern am deutschen Rhein entbiete ich den Gruß des Reiches zur Tausendjahrfeier! Die ganze lebendige Kraft, die heute das Rheinland in Wirtschaft und Kultur entfaltet, gründet sich auf die Leistungen der Vorfahren während eines Zeitraumes, der länger als ein Jahrtausend gewährt hat. In all dieser Zeit hat

das Rheinland als Grenzmark

immer wieder die Stürme der Weltgeschichte über sich hinbrausen lassen müssen. So ist das Volk entstanden, das trotz aller Eingabe an die Güter der Kultur und an eine gesunde Fröhlichkeit doch der echten vaterländischen Ernst und die politische Stärke in sich entwickelt hat, die auch die schweren Nöte der Gegenwart zu bestehen vermag.

Kraftvoll und treu hat das Rheinland in schweren Tagen an seiner geschichtlich gewordenen Verbindung mit Preußen, an seinem Zusammenhang mit dem großen deutschen Vaterlande festgehalten. Das